



Ausgetrocknetes Flussbett während einer Dürre in Kenia.

KLIMAFINANZIERUNG IM FOKUS: Herausforderungen und Lösungen für die Klimakonferenz in Baku

Anlässlich der 29. UN-Klimakonferenz (COP29) in Baku weist die Welthungerhilfe vor dem Hintergrund stagnierender öffentlicher Finanzen auf die weltweit kritische Lage der Entwicklungs- und Klimafinanzierung hin. Die auf der COP29 verhandelnden Staaten stehen daher in der Pflicht, nationalen Klimaschutz zu verstärken und ihre finanziellen Beiträge für die Armuts- und Hungerbekämpfung zu erhöhen. Im Jahr 2023 wurden weltweit Temperaturrekorde gebrochen, während Stürme, Überschwemmungen, Dürren und Hitzewellen Verwüstungen anrichteten. Die Welthungerhilfe arbeitet in vielen der besonders vom Klimawandel betroffenen Länder in denen sich zeigt, dass der Schutz gefährdeter Bevölkerungsgruppen völlig unzureichend ist. Rund 90% der zur Verfügung stehenden Klimagelder gehen in Minderungsmaßnahmen überwiegend einkommensstärkerer Länder und nur knapp 10% in Anpassungsmaßnahmen. Weniger als 3% der Klimagelder gingen in den vergangenen Jahren in einkommensschwache Länder.¹

FINANZIERUNG ANGESICHTS ESKALIERENDER AUSWIRKUNGEN DES KLIMAWANDELS UNZUREICHEND

Trotz der von den finanzstarken Ländern auf der COP21 in Paris 2015 eingegangenen Verpflichtung, in den Jahren 2020-2025 jährlich hundert Milliarden US-Dollar für die Klimafinanzierung zu mobilisieren, wurde dieses Ziel nur sporadisch erreicht. Bei ständig steigenden Bedarfen reicht das nicht, um die eskalierenden Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) schätzt in seinem jüngsten Bericht den Finanzbedarf allein für die Umsetzung nationaler Anpassungsprioritäten auf 387 Milliarden US-Dollar pro Jahr². Der Bedarf bleibt hoch, selbst wenn die öffentlichen Zahlungen im Jahr 2022 für Anpassung in einkommensschwachen und emissionsarmen Ländern leicht von 21 auf 28 Milliarden US-Dollar gestiegen sind.

Daraus ergibt sich eine Finanzierungslücke für Anpassungsmaßnahmen von bis zu 359 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Zeitgleich treten die Planung und Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen auf der Stelle. Ein Scheitern der Anpassung macht Entwicklungsfortschritte jedoch zunichte und hat massive Auswirkungen auf Verluste und Schäden insbesondere für die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen in den Ländern des Globalen Südens mit geringem Anpassungsvermögen. Neben bewaffneten Konflikten sind die immer schwerwiegenden Auswirkungen des Klimawandels auch verantwortlich für die steigenden Hungerzahlen, wie der aktuelle Welthunger-Index³ zeigt.

DIE „FINANZIERUNGS-COP“ – VERTRAUEN DURCH VERLÄSSLICHE FINANZZUSAGEN

Es ist vor diesem Hintergrund nicht überraschend, dass die COP29 in Baku den Beinamen „Finanzierungs-COP“ bekommen hat. Abgesehen von bisher nicht eingehaltenen Finanzierungsversprechen verpflichteten sich die Staaten in Paris, für die Jahre ab 2025 ein neues Finanzierungsziel (New Collective Quantified Goal – NCQG) zu definieren, bei dem kurz vor der COP29 noch viele Details offen waren⁴. Einkommensstarke Staaten betonen, sich nicht aus der historischen Verantwortung stehlen zu wollen, sie fordern allerdings die Bereitschaft der Länder mit mittleren Einkommen, ebenfalls Finanzbeiträge zu leisten. Die Umschichtung nationaler Haushalte zugunsten der Bereitstellung von Mitteln für Militärausgaben darf an diesen Selbstverpflichtungen nichts ändern.

Klimagerechtigkeit wird von vielen Ländern des Südens über die Zahlung von Klimafinanzierung definiert. Ein starkes NCQG soll Vertrauen in das internationale Klimafinanzierungssystem stärken und Solidarität zwischen einkommensstarken und -schwachen Ländern fördern.

1 Global Landscape of Climate Finance 2023 - CPI

2 <https://www.unep.org/resources/adaptation-gap-report-2024>

3 <https://www.globalhungerindex.org/de/>

4 <https://unfccc.int/documents/641326>

DIE BUNDESREGIERUNG MUSS DARAUF HINWIRKEN, DASS AUF DER COP29 FOLGENDE ENTSCHEIDUNGEN GETROFFEN WERDEN:

1. Klimagerechtigkeit durch neues Globalziel (NCQG):

Das neue Ziel muss die Bedürfnisse und Prioritäten der einkommensschwächsten Länder berücksichtigen, die jährlich Milliarden US-Dollar benötigen, um sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Deutschland muss - trotz angespannter Haushaltslage - seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen und mindestens die zugesagten sechs Milliarden Euro ab 2025 zur Verfügung stellen, im besten Fall acht bis zehn Milliarden.

2. Anpassungsfinanzierung verdoppeln:

Vor allem für Anpassungsmaßnahmen, die zu vermehrter Resilienz für die Bevölkerungen einkommensschwacher und besonders gefährdeter Länder führen, muss mehr Geld bereitgestellt werden. Trotz eindeutiger Anzeichen einer Be-

schleunigung der Klimarisiken und -auswirkungen weltweit wird die Finanzierungslücke immer größer.

3. Erhöhung der Ambitionen:

Länder müssen ihre national festgelegten Beiträge (NDCs) zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen erhöhen und in Baku oder spätestens 2025 konkrete Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele präsentieren, wie im Pariser Abkommen festgelegt.

4. Fonds für Verluste und Schäden:

Die vollständige Operationalisierung des Fonds ist notwendig, um die Bedürfnisse der am stärksten betroffenen Länder abzudecken. Der Bedarf für den Fonds wird auf mehrere hundert Milliarden US-Dollar bis 2030 geschätzt. Seit der Fonds 2022 ins Leben gerufen wurde, sind von reichen Staaten lediglich 700 Millionen US-Dollar bereitgestellt worden.

KLIMAWANDEL BEDROHT ERNÄHRUNGSSICHERHEIT (UND MACHT HUNGER)

Der Klimawandel stellt eine komplexe und vielschichtige Bedrohung der Ernährungssicherheit da. Nicht nur führen Extremwetterereignisse vermehrt zu Ernteverlusten. Der Temperaturanstieg verändert auch das Wachstum von Nutzpflanzen. Darüber hinaus leiden viele Länder unter der Ausbreitung von Schädlingen, einer Beeinträchtigung der Nährstoffqualität sowie Bodendegradation und Wasserknappheit. Gleichzeitig ist das globale Ernährungssystem

für etwa ein Drittel aller Treibhausgasemissionen verantwortlich. Neben der Minderung der Treibhausgasemissionen sind umfassende Anpassungsmaßnahmen und deren Finanzierung also unerlässlich. Während der Klimakonferenz in Baku müssen die anwesenden Regierungsvertreter*innen die Ernährungssicherheit sowie die Förderung nachhaltiger Ernährungssysteme in den Fokus nehmen.

Auch der Klimaschutz verpflichtet zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung.

DIE BUNDESREGIERUNG SOLLTE FOLGENDE MAßNAHMEN UNTERSTÜTZEN:

1. Anpassung der Landwirtschaft:

Es ist entscheidend, dass die Konferenz Maßnahmen zur Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel fördert. Das muss auch die lokal geführte Wiederbelebung traditioneller und vergessener Nahrungsmittel umfassen, um die Widerstandsfähigkeit von Gemeinschaften zu stärken. Durch die Wiedereinführung von Nutzpflanzen und Anbaumethoden, die von Natur aus besser an die lokalen Bedingungen angepasst sind, stärkt dieser von der Welthungerhilfe geförderte Ansatz die Ernährungssicherheit, erhält die Biodiversität und schützt die Böden. Er befähigt die Gemeinschaften, ihre Anpassungsstrategien selbst in die Hand zu nehmen, damit Lösungen nicht nur wirksam, sondern auch langfristig nachhaltig sind.

2. Reduzierung von Treibhausgasemissionen:

Die Landwirtschaft trägt erheblich zu den globalen Treibhausgasemissionen bei. COP29 sollte Strategien zur Reduzierung dieser Emissionen durch nachhaltige Praktiken und Technologien unterstützen. Die Welthungerhilfe unterstützt z.B. in Kenia nachhaltige Ansätze, die Kohlenstoff binden und zur Förderung des Bodenschutzes und

der Sanierung degradierter Böden beitragen.

3. Förderung nachhaltiger und widerstandsfähiger Ernährungssysteme:

Auf der Konferenz sollte beschlossen werden, nachhaltige Praktiken und Initiativen wie den von der Welthungerhilfe mit ins Leben gerufenen Food Security Standard (FSS)⁵ zu unterstützen und Ernährungssysteme zu fördern, die nicht das Klima belasten, sondern die Umwelt schützen und die Ernährungssicherheit gewährleisten.

4. Unterstützung von Kleinbäuerinnen und -bauern:

Sie sind oft am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Die COP29 muss Maßnahmen ergreifen, um diese Kleinbäuerinnen und -bauern in ihren Anpassungsbemühungen durch finanzielle Unterstützung, Schulungen und Zugang zu Technologien zu stärken. So stärkt die Welthungerhilfe z. B. die lokale Landwirtschaft in Burkina Faso durch die Einführung verbesserter klimafreundlicher Anbaumethoden, der Diversifizierung und Steigerung der Produktion sowie der Bereitstellung von Betriebsmitteln und Ausrüstung.

⁵ <https://foodsecuritystandard.org/>

Bonn/Berlin, 4. November 2024

Kontakt: **Michael Kühn, Referent Politik und Außenbeziehungen**

E-Mail: policy@welthungerhilfe.de